

„Die Krise macht die Politik wieder ernsthafter“

23. Dezember 2008 | 17:42 | | Sylvia Wörgetter

Wahrhaftigkeit. Dies ist ein Anspruch, den sich die Politik wieder auferlegen muss, meint Julian Nida-Rümelin. Ein verhalten optimistischer Ausblick.

Julian Nida-Rümelin ist Philosoph und gehörte dem ersten Kabinett Gerhard Schröders als deutscher Kulturstaatsminister an. Sein Blick auf die Politik ist geprägt von politischer Theorie und praktischer Erfahrung.

SN: *„Demokratie ist ohne Wahrheitsansprüche inhaltsleer.“ Der Satz ist von Ihnen und so ganz anders als die vorherrschende Meinung. Die lautet: „Politiker lügen.“*

Nida-Rümelin: Mit Wahrheitsansprüchen meine ich normative Ansprüche. Im deutschen Grundgesetz, Artikel 1, heißt es: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das könnte auch eine verfassungsändernde Mehrheit des Bundestags nicht ändern, hat also eine Ewigkeitsgarantie. Das ist vielleicht ein extremes Beispiel. Aber es zeigt, dass es unverfügbare Rechte gibt. Dazu gehört, dass wir in der Öffentlichkeit wahrhaftig sind, dass Politiker nicht lügen.

SN: *Wie könnte denn eine wahrhaftige Politik aussehen?*

Nida-Rümelin: Die direkte Lüge ist in der Politik ein seltenes Phänomen. Das hängt damit zusammen, dass die Äußerungen eines Politikers protokolliert werden. Wenn er sich bei Lügen ertappen lässt, ist die Karriere meistens beschädigt. Politiker sind aber in dem Sinne oft unwahrhaftig, als sie das, was gesagt werden müsste, nicht sagen. Oder indem sie Dinge sagen, die nicht wesentlich sind.

SN: *Weshalb viele Menschen den Eindruck haben, Politikern sei nicht zu trauen. Wie könnte Politik das Vertrauen wieder gewinnen?*

Nida-Rümelin: Ich verstehe diese Stimmung in der Öffentlichkeit. Weil sich zu viele Politiker in parteitaktischen Konflikten verstricken, so dass sie die großen grundlegenden Ziele aus den Augen verlieren, um kurzfristige, auch eigennützige Vorteile zu lukrieren. Ich habe aber auch das Gefühl, dass die gegenwärtige Krise dazu beiträgt, dass Politik wieder viel ernsthafter geworden ist.

SN: *Wo sehen Sie denn diese Ernsthaftigkeit?*

Nida-Rümelin: Ich stelle zum Beispiel fest, dass es eine erstaunliche Übereinstimmung darüber gibt, dass der anarchische Weltfinanzmarkt so nicht weiterexistieren darf. Es wurden alte ideologische Differenzen zurückgestellt. Die, welche immer sagten, der Staat dürfe möglichst wenig regeln, sind jetzt eher kleinlaut. Je näher Wahltermine rücken, desto größer wird aber die Versuchung, in alte Muster zurückzufallen.

SN: *In der Wirtschaft ging es um Gewinnmaximierung. In der Politik geht es um Stimmenmaximierung, oft um jeden Preis. Was könnte an Stelle der Stimmenmaximierung treten?*

Nida-Rümelin: Das A und O in der Demokratie ist die kritische Öffentlichkeit. Leider erodiert die politische Öffentlichkeit zunehmend. Das hängt auch mit der fortschreitenden Kommerzialisierung der Medien zusammen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben da eine besondere Verantwortung, weil sich hier politische Öffentlichkeit ganz wesentlich manifestiert. Auch in dieser Hinsicht bin ich verhalten optimistisch. Ich habe den Eindruck, dass viele erkennen: Politik ist ernst, man kann sie nicht als irrelevantes Spielchen darstellen.

Die Finanzkrise hat mindestens das Ausmaß von 1929. Aber die Politik reagiert klüger als 1929. Damals wurden die sozialen Sicherungssysteme kaputt gemacht. Das hat zu einer Radikalisierung der Politik geführt. Das war letztlich die Voraussetzung für die Entstehung des Nationalsozialismus. Nicht zuletzt deshalb weiß die Politik heute: Diesmal ist es ernst.

SN: *Politikverdrossenheit gepaart mit schlechten Zeiten kann zum Erstarren der Populisten führen. Was können die herkömmlichen politischen Eliten dem entgegensetzen?*

Nida-Rümelin: Die Hauptverantwortung tragen jene Parteien, die sich als Volksparteien verstehen. Das sind traditionellerweise die Christdemokraten und die Sozialdemokraten in Europa. Volkspartei zu sein, ist nicht allein eine Frage der Größe, sondern des Selbstverständnisses. Die demokratischen Volksparteien, also in Österreich SPÖ und ÖVP, haben allzu lange das Spiel um taktische Vorteile gespielt. Vor der letzten österreichischen Nationalratswahl hatte man etwa den Eindruck, dass das Thema Europa für Wahlerfolge instrumentalisiert worden ist. Mein Eindruck von außen ist, dass SPÖ und ÖVP am Erstarren der Rechten Mitschuld tragen.

SN: *Fehlen Lichtgestalten?*

Nida-Rümelin: Die Politik hat seit den 1950er und frühen 1960er Jahren an Ansehen eingebüßt. Das hängt damit zusammen, dass sich die politischen Eliten zum Großteil aus sich selbst rekrutieren. Während früher viele Mitglieder der Parlamente aus anderen Berufen kamen, sind sie jetzt meist Funktionäre der Parteien und Verbände. Die großen intellektuellen Köpfe sind sehr rar geworden.

SN: *Sollen mehr Denker in die Politik gehen?*

Nida-Rümelin: Berufs- und Lebenserfahrung außerhalb der politischen Sphäre gehören in die Parlamente. Weil es auch das Wesen der repräsentativen Demokratie ist, die verschiedenen Lebensformen in der Gesellschaft abzubilden. Was die Intellektualität betrifft: Platon hat ja gesagt, die intellektuellsten Köpfe sollen die Entscheidungen treffen. Nun ist es aber so, dass manche, die sehr präzise denken können, nicht sehr tatkräftig handeln können. Und manche, die sehr gut sind in der Politik, nicht die besten Wissenschaftler sind. Aber ein engerer Austausch zwischen Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft wäre sehr wichtig.

© SN/SW

[http://www.salzburg.com/nwas/index.php?article=DText/y\\$ny4y4\\$agm\\$3u9\\$_fka_ge&img=&text=&mode=§ion=newsletter&channel=nachrichten&sort=#](http://www.salzburg.com/nwas/index.php?article=DText/y$ny4y4$agm$3u9$_fka_ge&img=&text=&mode=§ion=newsletter&channel=nachrichten&sort=#)